



## Antrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig, Thomas Gehring, Ulrike Gote, Verena Osgyan, Katharina Schulze, Markus Ganserer, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Gisela Sengl, Rosi Steinberger** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

### **Berichtsantrag zum angekündigten 10.000-Häuser-Programm der Bayerischen Staatsregierung**

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie über das angekündigte 10.000-Häuser-Programm schriftlich und mündlich zu berichten.

Der Bericht soll noch vor der endgültigen Festlegung der Förderrichtlinien erfolgen.

Hierbei soll insbesondere auf folgende Fragen eingegangen werden:

- Welche Maßnahmen sollen im Speziellen gefördert werden?
- Welche Technologien sollen gefördert werden?
- In welchem Bereich der Energieversorgung und -erzeugung (Strom, Wärme, Verkehr) soll der Schwerpunkt gesetzt werden?
- In welchem Bereich sollen welche Modellprojekte gefördert werden?
- An wen richtet sich das Förderprogramm?
- Welche Zuwendungsvoraussetzungen sollen gelten?
- Wie hoch sollen die Zuschüsse bei den verschiedenen Einzelmaßnahmen angesetzt werden?
- Wie und durch wen werden die geförderten Maßnahmen wissenschaftlich begleitet?
- Welcher Geltungszeitraum ist für das Förderprogramm vorgesehen?
- Wie hoch sollen die Haushaltsmittel für das Förderprogramm insgesamt und pro Haushaltsjahr angesetzt werden?

### **Begründung:**

Bereits im Vorfeld der letzten Landtagswahl wurde das sogenannte 10.000-Häuser-Programm von der Staatsregierung angekündigt. Im Entwurf des Doppelhaushalts 2015/2016 heißt es dazu:

„Vorgesehen ist insbesondere die Förderung der Investitionskosten von privaten Hauseigentümern/Bauherren in zwei Feldern: Neubau und Modernisierung des Gebäudebestands im Einfamilienhausbereich sowie die Förderung von Modellprojekten, die den Nutzen von Gebäuden für das Energiesystem erhöhen (Investitionen, wissenschaftliche Begleitung, Evaluation).“

Mit einem Bericht im zuständigen Ausschuss soll der Staatsregierung jetzt die Möglichkeit eingeräumt werden, das Förderprogramm detailliert darzustellen.